



Sehr geehrte Damen und Herren der Presse,  
der DGB-NRW hat in seinen Leitlinien 2009 seine Ansprüche an die Kommunen geäußert. Für uns ist der 30.08.09 auch eine Abstimmung über verantwortungsvolle Beschäftigungspolitik und Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger. Als Dattelner DGB-Vorsitzender appelliere ich an die Wähler und Kandidaten: Kommerzielle Interessen dürfen nicht im Vordergrund stehen!! Schuldenabbau darf nicht den Kommunen, Bürgern und kommunalen Arbeitnehmern aufgelastet werden. Rund 280.000 Angestellte und Beamte erbringen in NRW auf kommunaler Ebene Dienstleistungen. Müllwerker, Erzieherinnen, Lebensmittelkontrolleure, Friedhofsgärtner, Reinigungskräfte...sie alle mussten in den letzten Jahren Verschlechterungen hinnehmen: Arbeitszeiten wurden verlängert, es gab unterdurchschnittliche Tarifierhöhungen. Die Stellenkürzungen bedeuteten in der Regel gleich bleibende Serviceleistungen, die immer weniger Arbeitnehmer schultern mussten. Allen Plänen, die darauf zielen, im Rahmen von Haushaltssicherungsmaßnahmen Personal zu reduzieren, muss eine klare Absage erteilt werden. Außerdem müssen die Kommunen ihrer Verantwortung für den Nachwuchs weiterhin gerecht werden können. Hierzu müssen sie ausbilden.

Wir sprechen uns ganz klar gegen Tariffucht durch Auslagerung von öffentlichen Aufgaben oder Ausgliederung von Verwaltungsteilen aus. Tarifbeschäftigung sichert Kaufkraft und damit Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Ver- und Entsorgung, Verkehrswege, öffentlicher Personennahverkehr, preiswerter Wohnraum, der gesamte Bürgerservice durch die Kreis- und Stadtverwaltungen, Kinder und Jugendhilfe, Altenbetreuung und Pflege oder Kommunale Bildungs- und Kultureinrichtungen sind Aufgaben der Kommune, die die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Deshalb wehren wir uns als DGB dagegen, dass eine Rotstiftpolitik sich über die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hinweg setzt. Auch der Verkauf kommunaler Betriebe rechnet sich nicht, sondern führt zu unzureichender Versorgung, steigenden Preisen und Arbeitsplatzabbau. Wer öffentliche Aufgaben und Dienstleistungen privatisiert oder ausgliedert, gibt die Verantwortung aus der Hand und beraubt sich selbst der Möglichkeit, zukünftig Entscheidungen über Qualität, Zugang, Gebühren- und Preisentwicklung.

Wir als DGB bitten alle Bürgerinnen und Bürger wählen Sie FÜR die Rechte der Arbeitnehmer, wählen Sie FÜR das soziale Gefüge und erteilen Sie arbeitnehmerfeindlicher Politik eine Absage.

Gökhan Tonguc Ortsverband Vorsitzender.  
Zum Heideweg 90  
45711 Datteln  
Tel:02363-52134